

# UN-Anti-Korruptionsübereinkommen: Schwarz-gelb verzögert

Liebe Mitbürger, liebe Mitbürgerinnen,

161 Staaten haben die UN-Konvention gegen Korruption bislang ratifiziert - Deutschland, dank schwarz-gelber Blockade, nicht.

In den letzten Wochen hat auch die deutsche Wirtschaft dieses Verhalten stark kritisiert. Dennoch scheint es diese Bundesregierung bei der Bekämpfung der Korruption nicht eilig zu haben. Anstatt ihren Aufgaben nachzukommen, reden sie sich mit fadenscheinigen Argumenten heraus: Einladungen von Lobbyisten müssten ausgeschlagen werden, Ermittlungen könnten rufschädigend wirken und die Materie sei allgemein sehr kompliziert.

Es geht aber nicht darum Essen und Getränke auf Veranstaltungen zu verbieten, auch in Zukunft wird das nicht tabu sein. Es geht um den Schutz des Freien Mandates nach Artikel 38 des Grundgesetzes: Abgeordnete sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Wer sich bestechen lässt, handelt gerade nicht nach seinem Gewissen. Wenn nun der FDP Generalsekretär Patrick Döring - wie letzte Woche geschehen - behauptet, durch die Antikorruptionsregeln würde das freie Mandat verhindert, lässt das tief blicken in das Selbstverständnis, das augenscheinlich bei einigen Bundestagsabgeordneten vorherrscht.

Deswegen ist es so wichtig, Korruption in der Politik zu bekämpfen.

Die SPD hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, um die UN-Konvention in deutsches Recht umzusetzen. Es ist also nicht nur nötig, sondern auch möglich. Warum zögert schwarz-gelb?

Die Gesetzesinitiative der SPD finden Sie [hier](#).

Ihre

